

Erklärung zur Unabhängigkeit und Neutralität

Die Gebietskörperschaft / das Unternehmen in ausschließlich öffentlicher Trägerschaft

.....
(Name, im Folgenden: „Gebietskörperschaft“)

begehrt die Förderung externer Beratungsleistungen nach Nr. 3.3 der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 26.04.2021. Das beauftragte Beratungsunternehmen oder der beauftragte Berater (im Folgenden: „Beratungsunternehmen“), das im Rahmen des Bundesförderprogramms Leistungen erbringt, hat seine Unabhängigkeit und Neutralität vor Beginn der Beratungsleistungen gegenüber dem Zuwendungsempfänger zu versichern.

Das Beratungsunternehmen

.....
sichert hiermit gegenüber der Gebietskörperschaft zu, aktuell und über die letzten zwei Jahre vor Abschluss des hier gegenständlichen Beratungsvertrages hinweg unabhängig und neutral gegenüber allen Telekommunikationsunternehmen (gewesen) zu sein. Das Unternehmen und das Management stehen und standen in diesem Zeitraum in keinem vertraglichen, verwandtschaftlichen oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnis mit Telekommunikationsunternehmen und deren Management oder anderen Personen oder Organisationen, die potenziell zu Interessenkonflikten bei den angebotenen Dienstleistungen führen und das Beratungsergebnis beeinflussen können.

Diese Zusicherung erstreckt sich insbesondere auch auf all diejenigen Angestellten des Unternehmens, die wesentliche Anteile an der Beratungsleistung erbringen oder Einfluss auf diese haben sowie auf externe Hilfspersonen, denen sich das Unternehmen zur Erfüllung seiner Beratungsleistung bedient (vgl. Nr. 2.2 BNBest-Beratung).

.....
Datum, Unterschrift Unternehmen + ggf. Unternehmensstempel, Vorname und Name des Unterzeichners in Druckbuchstaben

Soweit es sich beim Beratungsunternehmen nicht um ein Einzelunternehmen handelt, hat der Projektleiter für die hier gegenständlichen Beratungsleistungen zusätzlich folgende Erklärung abzugeben:

Der Projektleiter

.....
(Vorname und Name in Druckbuchstaben, im Folgenden: „Projektleiter“)

sichert hiermit gegenüber der Gebietskörperschaft zu, aktuell und über die letzten zwei Jahre vor Abschluss des hier gegenständlichen Beratungsvertrages hinweg unabhängig und neutral gegenüber allen Telekommunikationsunternehmen (gewesen) zu sein. Der Projektleiter steht und stand in diesem Zeitraum in keinem vertraglichen, verwandtschaftlichen oder sonstigen Abhängigkeitsverhältnis mit Telekommunikationsunternehmen und deren Management oder anderen Personen oder Organisationen, die potenziell zu Interessenkonflikten bei den angebotenen Dienstleistungen führen und das Beratungsergebnis beeinflussen können.

.....
Datum, Unterschrift Projektleiter

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Verantwortliche

Ansprechpartner und Verantwortliche für die Datenverarbeitung ist im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur:

atene KOM GmbH
Invalidenstraße 91
10115 Berlin
Telefon: +49 (0)30 22183-0

Für Fragen zum Datenschutz, sowie zur Geltendmachung ihrer datenschutzrechtlichen Rechte auf Auskunft, Löschung bzw. Sperrung und Berichtigung können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten unter

datenschutz@atekom.de oder
atene KOM GmbH
- Datenschutz -
Invalidenstraße 91
10115 Berlin

wenden.

2. Datenverarbeitung

Im Rahmen der Antragstellung ist die Prüfung Ihrer Neutralität und Unabhängigkeit als Beratungsunternehmen bzw. Projektleiter erforderlich. Hierzu werden personenbezogene Angaben von Ihnen erhoben und verarbeitet. Die Angabe Ihres Namens, Vornamens ist dabei notwendig zum Zwecke der Verifizierung Ihrer Angaben.

Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Prüfung von Beratungsleistungsförderprojekten des Bundes gemäß der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ genutzt. Im Rahmen der Prüfung und Entscheidung werden die Anträge einschließlich Ihrer Angaben an die atene KOM GmbH als zuständiger Projektträger des Gigabitausbauförderprogramms des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) sowie an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zum Zweck der Nachprüfung der Bewilligungsentscheidung übermittelt. Ihre Daten werden für einen Zeitraum von sieben Jahren gespeichert, beginnend mit dem auf die Feststellung der zuwendungsfähigen Ausgaben folgenden Schluss des Kalenderjahres (entspricht dem Haushaltsjahr des Bundes). Die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO.

3. Weitergabe der Daten

Eine Weitergabe der von uns erhobenen Daten erfolgt grundsätzlich nur, wenn:

- Sie Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO erteilt haben,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse am Unterbleiben der Weitergabe der Daten besteht,

- wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO zur Weitergabe gesetzlich verpflichtet sind,
- dies zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DSGVO erforderlich ist oder
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen mit Ihnen oder für die Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich ist, die auf Ihre Anfrage hin erfolgen.

Ein Teil der in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen Datenverarbeitung kann durch unsere Dienstleister erfolgen. Neben den in dieser Datenschutzerklärung erwähnten Dienstleistern können hierzu gehören insbesondere Rechenzentren, die unsere Website und Datenbanken speichern oder IT-Dienstleister, die unsere Systeme warten. Sofern wir Daten an unsere Dienstleister weitergeben, dürfen diese die Daten ausschließlich zur Erfüllung ihrer Aufgaben verwenden. Die Dienstleister wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt. Sie sind vertraglich an unsere Weisungen gebunden, verfügen über geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Rechte der betroffenen Personen, gewährleisten ein angemessenes Datenschutzniveau und werden von uns sorgfältig kontrolliert.

Darüber hinaus kann eine Weitergabe in Zusammenhang mit behördlichen Anfragen, Gerichtsbeschlüssen und Rechtsverfahren erfolgen, wenn es für die Rechtsverfolgung oder -durchsetzung erforderlich ist.

4. Ihre Rechte

Ihnen steht jederzeit das Recht zu, Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu verlangen. Wir werden Ihnen im Rahmen der Auskunftserteilung die Datenverarbeitung erläutern und eine Übersicht der über Ihre Person gespeicherten Daten zur Verfügung stellen.

Falls bei uns gespeicherte Daten falsch oder nicht mehr aktuell sein sollten, haben Sie das Recht, diese Daten berichtigen zu lassen.

Sie können außerdem die Löschung Ihrer Daten verlangen. Sollte die Löschung aufgrund anderer Rechtsvorschriften ausnahmsweise nicht möglich sein, werden die Daten gesperrt, so dass sie nur noch für diesen gesetzlichen Zweck verfügbar sind.

Sie können die Verarbeitung Ihrer Daten außerdem einschränken lassen, z. B. wenn Sie der Auffassung sind, dass die von uns gespeicherten Daten nicht korrekt sind. Ihnen steht auch das Recht auf Datenübertragbarkeit zu, d.h. dass wir Ihnen auf Wunsch eine digitale Kopie der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten zukommen lassen.

Sie haben auch das Recht nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden.

Um Ihre hier beschriebenen Rechte geltend zu machen, können Sie sich jederzeit an die oben genannten Kontaktdaten wenden. Dies gilt auch, sofern Sie Kopien von Garantien zum Nachweis eines angemessenen Datenschutzniveaus erhalten möchten.

Zudem haben Sie das Recht der Datenverarbeitung zu widersprechen, die auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e oder f DSGVO beruht oder der Direktwerbung dient. Sie haben schließlich das Recht sich bei der für uns zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des

mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Berlin ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin.

Widerrufs- und Widerspruchsrecht. Sie haben gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO das Recht, eine einmal erteilte Einwilligung jederzeit uns gegenüber zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Soweit wir Ihre Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeiten, haben Sie gemäß Art. 21 DSGVO das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer Daten einzulegen und uns Gründe zu nennen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben und die Ihrer Meinung nach für ein Überwiegen Ihrer schutzwürdigen Interessen sprechen. Geht es um einen Widerspruch gegen die Datenverarbeitung zu Zwecken der Direktwerbung haben Sie ein generelles Widerspruchsrecht, das auch ohne die Angabe von Gründen von uns umgesetzt wird.

Möchten Sie von Ihrem Widerrufs- oder Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine formlose Mitteilung an die an die oben genannten Kontaktdaten.

.....
Datum, Unterschrift Unternehmen + ggf. Unternehmensstempel, Vorname und Name des Unterzeichners in Druckbuchstaben

.....
Datum, Unterschrift Projektleiter